

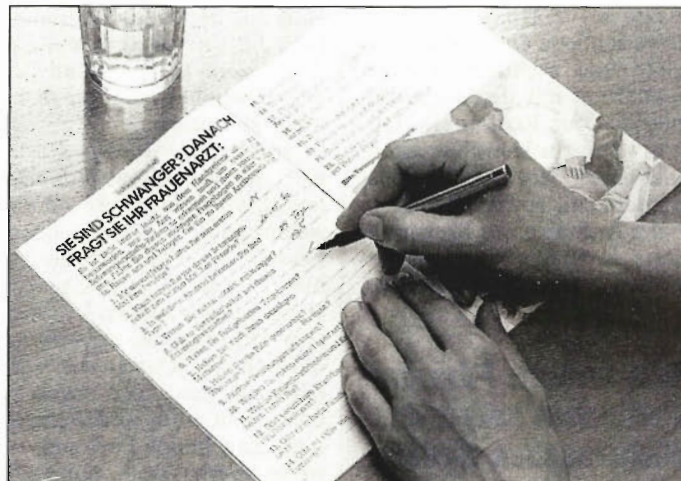
Aus Bund und Ländern

Krankenhäuser: Niedersachsen für Trägerpluralität

OSNABRÜCK/HANNOVER. Für die Erhaltung des gegliederten Krankenhauswesens und einer ausgewogenen pluralen Trägerstruktur hat sich der Leiter der Gesundheitsabteilung im Niedersächsischen Sozialministerium, Prof. Dr. med. Adolf Windorfer, ausgesprochen. Krankenhäuser in privater Trägerschaft seien hinsichtlich der medizinischen und pflegerischen Betreuung und des vorgehaltenen Standards anderen Klinikträgern gegenüber mindestens ebenbürtig, auf der ökonomischen und organisatorischen Ebene oftmals überlegen. Private Krankenhausträger seien im finanziellen Sektor oftmals beweglicher als Träger der öffentlichen Hand. Bei erwerbswirtschaftlichen Krankenhäusern stehe oftmals eine intensivere Betrachtung der Betriebsökonomie im Vordergrund. Dennoch komme bei privaten Krankenhausträgern neben der pflegerischen und medizinischen die soziale und humanitäre Komponente nicht zu kurz, so Windorfer. Das Land Niedersachsen sei darum bemüht, öffentliche, freigemeinnützige und private Krankenhausträger unter gleichen Rahmenbedingungen finanziell zu fördern.

Nachdrücklich sprach sich Windorfer für eine bessere Verzahnung und Kooperation zwischen ambulantem und stationärem Bereich aus, insbesondere auf dem Gebiet der Apparatedizin und der Vorhaltung und Nutzung des Großgeräteparks.

Im Hinblick auf die von der Bundesregierung gestarteten Initiativen zur erneuten Kostendämpfung auch im Krankenhausbereich meinte Windorfer: Es sei unredlich, einseitig von einer unbegründeten Kostensteigerung vor allem im Krankenhausbereich zu reden und Interven-



Je früher sich eine werdende Mutter in ärztliche Behandlung begibt, um so besser sind die Aussichten für eine gesunde Schwangerschaft und eine glückliche Geburt. Das aktuelle Vorsorgewissen hat die Aktion Sorgenkind in ihrer Broschüre „Schwangerschaft heute“ zusammengestellt. Sie wird unentgeltlich verschickt von der Deutschen Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind e.V., Franz-Lohe-Straße 17, W-5300 Bonn 1.

Foto: Vorsorge-Initiative

tionen zu fordern, wenn nicht gleichzeitig die Leistungsexplosion registriert und entsprechend gewertet wird. Ein Ende der Leistungsexplosion (und damit der Kostenexpansion) sei nicht abzusehen. Da eine Leistungseinschränkung vor allem im stationären Bereich den Akutpatienten nicht zumutbar sei, seien andere Formen einer Leistungsausnutzung dringend geboten, so Windorfer. HC

Praktikerseminar „Europäische Gesundheitspolitik“

BOCHUM. Das 25. Praktikerseminar des Instituts für Sozialrecht der Ruhr-Universität zum Thema „Europäische Gesundheitspolitik – Stand und Perspektiven nach den Maastrichter Beschlüssen“ wird am 28. November 1992 in Bochum stattfinden. Es werden referieren: Prof. Dr. Rainer Pitschas zum Thema: „Inhalt und Reichweite des Mandats der Europäischen Gemeinschaften auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik“; Ministerialrat Dr. Stein, Bundesministerium für Gesundheit, zum Thema: „Institutionen und Handlungs-

instrumentarien der europäischen Gesundheitspolitik“ sowie Dr. Markus Schneider, Beratungsgesellschaft für angewandte Systemforschung mbH, Augsburg, zum Thema: „Gesundheitsberichterstattung – ein Anwendungsfeld europäischer Gesundheitspolitik“. Im Anschluß an die Referate ist eine Podiumsdiskussion mit den Referenten, Verbandsvertretern sowie mit Vertretern der im Bundestag vertretenen Parteien vorgesehen. Auskünfte: Institut für Sozialrecht der Ruhr-Universität, Im Lottental 42, Postfach 10 21 48, W-4630 Bochum 1, Tel: (0234) 7 00-38 09. WZ

Informationen nicht nur für Krebskranke

HEIDELBERG. Der telefonische Krebsinformationsdienst (KID), der 1986 als Modellprojekt des Bundesgesundheitsministeriums im Deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg eingerichtet wurde, bietet Informationen zu den Bereichen Krebsforschung, Prävention, Diagnostik, Therapie und Nachsorge. Die Mehrzahl der Anrufer sind von einer Krebs-

erkrankung Betroffene (75 Prozent). Allerdings nehmen auch niedergelassene Ärzte, Apotheker und Vertreter anderer Gesundheitsberufe das KID-Angebot zunehmend wahr.

► Die Telefonnummer des KID lautet: 0 62 21/41 01 21 EB

Minister Axthelm zurückgetreten

ERFURT. Der Thüringer Minister für Soziales und Gesundheit, Dr. med. Hans-Henning Axthelm, ist zurückgetreten. Gleichzeitig mußte Innenminister Willi Böck sein Amt zur Verfügung stellen. Beide Rücktritte wurden erwartet (siehe auch Heft 36, „Nachrichten“). Nachfolger Axthelms wurde der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, der Arzt Dr. Frank-Michael Pietzsch. th

Wahlen in Hessen: Kammerpräsident kandidiert nicht mehr

FRANKFURT. Dr. med. Helmuth Klotz (63), seit 1986 Präsident der Ärztekammer Hessen, kandidiert bei den Kammerwahlen Mitte September nicht mehr. Anlaß für diese Entscheidung ist nach seiner Darstellung der Ärger, den er selbst und seine Familie aufgrund eines Verfahrens wegen Steuerhinterziehung hätten. Das Amtsgericht Darmstadt hatte Klotz im August zu einer Geldstrafe verurteilt.

Der Entschluß, auf eine weitere Kandidatur zu verzichten, sei ihm nicht leichtgefallen, sagte Klotz. Aber das Steuerverfahren sei in der örtlichen Presse „ziemlich hochgespielt worden“, und es sei zu befürchten, daß die Kampagnen weitergingen.

Sein Amt als Vizepräsident der Bundesärztekammer, in das er 1978 gewählt wurde, will Dr. Klotz jedoch weiterhin ausüben; rechtliche Bedenken hiergegen gebe es nicht. th